



Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN E.V.

1924 in Magdeburg gegründet - gemeinnützige Körperschaft

10 Jahre Deutsche Einheit

In wenigen Tagen jährt sich zum 10. Mal der Fall der Berliner-Mauer und der Zusammenbruch der DDR. Bei den Veranstaltungen wird dabei besonders auch an die Tätigkeiten der Bürgerrechtsbewegungen erinnert. Das ist gut so. Zu bemängeln ist aber, dass in der Regel über den Widerstand deutscher Demokraten gegen die sowjetkommunistische SED-Diktatur aus den Reihen der SPD, CDU und LDPD (FDP) kein Wort verloren wird und in Vergessenheit gerät. Sie aber waren es, die als erste und mit aller Entschiedenheit gegen die sich anbahnende Gewaltherrschaft der Kommunisten in der damaligen SBZ-DDR ankämpften. Und anders als bei den späteren Bürgerrechtsbewegungen haben viele ihren Einsatz für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit mit dem Leben bezahlt bzw. wurden zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Welchen heroischen Widerstand sie gegen die sowjetkommunistische Gewaltherrschaft geleistet haben, sehen Sie nachstehend.

Der Widerstand deutscher Demokraten gegen die sowjetkommunistische SED-Diktatur in der SBZ/DDR

Die Geschichte der sowjetisch besetzten Zone bzw. der DDR ist von Anfang an eine Geschichte des offenen und verdeckten Widerstandes der Bevölkerung gegen die wesensfremde sowjetkommunistische Gewaltherrschaft der SED und der sowjetischen Militärverwaltung gewesen.

Formierung der Demokraten

Als erste Bekundung des Widerstandes gegen die Etablierung einer zweiten Diktatur nach der der Nazis in einem Teil Deutschlands formierten sich die Demokraten in den Parteien der SBZ: SPD, CDU und LDPD (FDP). Sehr schnell organisierte sich dieser Widerstand deutscher Demokraten von der Ostsee bis zum Thüringer Wald. Dieser Widerstand, der hinsichtlich seiner Organisiertheit über die gesamte SBZ an den Widerstand gegen die Nazis anknüpfte, war einmalig in der 45 Jahre andauernden von den Sowjets ausgeliehenen Machtposition der deutschen Kommunisten. Hauptträger des Widerstandes waren Demokraten, die

bereits gegen die NS-Diktatur aktiv im Widerstand gestanden hatten.

Aus der CDU u.a.: Jakob Kaiser, Manfred Klein und Georg Wradzidlo aus Thüringen, Werner Fronober aus Sachsen-Anhalt.

Aus der FDP u.a.: Hermann Becker aus Thüringen, Arno Esch aus Mecklenburg, Theo Jänsch, Bodo Käppel aus Sachsen-Anhalt, Wolfgang Natoneck aus Sachsen, Günther Stempel aus Berlin.

Aus der SPD u.a.: Arno Wend, Gerhard Weck und Wolfgang Koch aus Sachsen, Arno Groß, Dr. Wilhelm Wehner, Paul, Hermann und Dorothee Kreuzer, Albert Wesemeyer aus Thüringen, Fritz Drescher, Hans Bonkas, Willi Thorwart, Paul Hoppe und Willi Brundert aus Sachsen-Anhalt, Dr. Reinhard Runge und Artur Lorenz aus Brandenburg, Willi Jesse, Heinrich Beese und Max Fank aus Mecklenburg, Julius Scherf, Werner Rüdiger und Heinz Gerull aus Berlin.

Der Widerstand der demokratischen Parteien - SPD, CDU und FDP - hatte nur demokratische Ziele: Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Einheit Deutschlands und Freiheit. Er wurde in enger Anlehnung an die demokratischen Parteien in West-Deutschland und in West-Berlin geführt.

Die „Zwangsvereinigung“

Für gravierende Irritationen sorgte dann die sowjetkommunistische Kampagne zur Vereinigung der SPD mit der KPD. Sie ergaben sich vor allem dadurch, dass nicht wenige von den Alt-Funktionären der SPD an die Verheissungen der „Einheit der Arbeiterklasse“ und dem „Aufbau des Sozialismus“ glaubten.

Das brachte die der Freiheit verpflichteten Sozialdemokraten in eine zwar nahezu aussichtslose, aber doch politisch-moralisch unerhört kraftvolle Position des Widerstandes gegen kommunistische Machtansprüche und gegen kommunistische Diktaturabsichten.

Dazu kam der Freiheitskampf der Berliner, der für den Widerstand in der SBZ beispielhaft wurde und die Grundlage für die Behauptung der Freiheit in West-Berlin schuf. Berlin erlangte in diesem Zusammenhang Weltbedeutung.

Die „illegale“ SPD

So wurde in Thüringen die SPD nach der Zwangsvereinigung illegal weitergeführt: Die Zentrale der illegalen SPD wurde in der Handwerkskammer von Thüringen eingerichtet und Stützpunkte in allen Landratsämtern, von denen man Kontakt in die Gemeinden hatte, aufgebaut. Vorsitzender war der langjährige Buchenwaldhäftling Heinz Baumeister aus Dortmund. Geschäftsführer wurde sein Freund aus Buchenwaldzeiten, Hans Freiberg. Die weit über zehntausend zählenden Mitglieder der illegalen SDP wurden mit schriftlichem Material der SPD aus West-Berlin versorgt.

Einsatz gegen die SED bei den Wahlen im Herbst 1946

Bei den Kommunal- und Landtagswahlen im Herbst 1946 konnten die Demokraten mit Hilfe der Ostbüros der westlichen Parteien eine verdeckte aber doch ausserordentlich wirksame Wahlpropaganda gegen die mit übermächtigen Werbemitteln durch die sowjetische Besatzungsmacht versehene SED paktizieren. Die Sozialdemokraten störten zudem die SED bei ihren Versuchen, die CDU und LDPD von der Wahl auszuschliessen.

Durch die verdeckte aber aktive Gegenpropaganda gelang es in weiten Teilen der SBZ die von der SED überall angepeilten absoluten Mehrheiten in Gemeinden, Kreis- und Landesparlamenten zu verhindern.

Kampf gegen das Meinungsmonopol der SED

Die ohnehin durch die sowjetische Besatzungsmacht stark eingeschränkte Information der Bevölkerung in der SBZ wurde durch die SED noch weiter manipuliert. Dagegen wurde der Widerstand der Demokraten besonders aktiviert. Die Ostbüros der Parteien und der RIAS wurden verstärkt mit Informationen aus der SBZ, insbesondere über die zahlreichen Korruptionsfälle der grossen und kleinen SED-Funktionäre von den demokratischen Widerstandskämpfern bedient.

Der RIAS brachte diese Informationen in seinen Berichten und Nachrichtensendungen. Ausserdem wurden Tausende von Exemplaren des „Telegraf“, des „Tagesspiegel“ der „Neuen Zeitung“ und des „Kurier“ Woche für Woche aus Berlin in allen Teilen der SBZ in Umlauf gebracht.

Widerstand an den Universitäten und in den Oberschulen

Es war folgerichtig, dass an den Oberschulen und Universitäten nach deren Wiedereröffnung erheblicher Widerstand gegen die von der SED eingekauften Professoren, Lehrern und Schulräte vorgenommene Indoktrinierung im Unterricht und in Forschung und Lehre entstand. Genauso folgerichtig war das Suchen der Studenten und Oberschüler nach Anlehnung und Unterstützung von demokratischen politischen Kreisen. Diese Anlehnung und Unterstützung für ihren Widerstand fanden sie bei den Parteien, bei der CDU

und LDPD, besonders aber auch bei der verdeckt arbeitenden SPD.

Am stärksten war der Widerstand an den Universitäten Jena, Greifswald und Berlin ausgeprägt. In Jena waren u.a. die sozialdemokratischen Studenten unter Wilhelm Wehner, Jochen und Eva Müthel und Gerhard Wenzel, die zusammen mit der Gruppe der jungen Sonneberger Sozialdemokraten unter Franklin Schultze den Widerstand gegen die ideologische Indoktrination des kommunistischen Kultusministers Wolf und der kommunistischen Rektorin Torhorst anführten. In Berlin führte der Widerstand der demokratischen Studenten gegen die kommunistische Indoktrination und Willkür zur Gründung der *Freien Universität* in West-Berlin. Träger dieses Widerstandes waren die Studenten Otto Hess und Otto Stolz von der SPD und Manfred Klein und Georg Wradzidlo von der CDU. In Rostock war es der politisch hochbegabte Student Arno Esch von der LDPD, der den demokratischen Widerstand gegen den kommunistischen Gauleiter von Mecklenburg, Mewes, initiierte und organisierte.

Widerstand in den Betrieben am Beispiel der ZeiBwerke

Besonderen Wert legte die SED auf die Durchdringung der Belegschaften der Betriebe mit kommunistischen Funktionären. Hierfür aber war einerseits ihre Personaldecke zu schwach und andererseits waren die Facharbeiter traditionsgemäss sozialdemokratisch orientiert. So blieben die Kommunisten in den Betrieben trotz der von ihnen stark propagierten Betriebsgruppenpolitik in einer schwachen Position.

Der sozialdemokratische Widerstand gegen die SED in den Betrieben artikulierte sich besonders in agitatorischer Form der Einzelgespräche gegen die SED-Politik und der intensiven Verteilung von sozialdemokratischem Informationsmaterial. Hier wurde Ende der vierziger Jahre der **Keim** für den **Aufbruch** der Arbeiterschaft in der „DDR“ am 17. Juni 1953 gelegt.

An der Spitze der Protestbewegung in den ZeiBwerken standen die Sozialdemokraten Walter Kaack und Heinz Walk, ihnen standen - zur Verblüffung der SED - zwei Kommunisten aus der kommunistischen Parteiopposition (KPO) Paul Elflein und Richard Gernhard zur Seite. Die vier flüchteten danach vor dem Zugriff des von der SED bestellten NKWD über die nahe Grenze nach Bayern.

Die Verfolgung von Demokraten durch die SED

Mitte 1948 wurden alle ehemaligen Sozialdemokraten, Christ- und Liberaldemokraten einer von den PPA der SED durchgeführten systematischen Kategorisierung nach „Mitläufern“, nach „zu Massregelnden“ und nach „der administrativen Behandlung Zuzuführenden“ unterzogen.

In den Jahren 1949 bis Anfang 1951 wurde die Verfolgung der Demokraten in der SBZ/DDR zu einer wich-

tigen Massnahme der SED-Politik. Die „Mitläufer“ wurden ungeschoren gelassen. 20.000 Demokraten wurden „gemassregelt“, das heisst, die Betroffenen verloren ihre Stellung, soweit sie eine gesellschaftlich wichtige Position innehatten und wurden aus der SED ausgeschlossen oder in der CDU und LDPD kaltgestellt. Hunderttausende flüchteten.

Etwa 2.000 Demokraten, die meisten davon ehemalige Sozialdemokraten, die als „zur administrativen Behandlung Zuzuführende“ kategorisiert worden waren, wurden von der SED dem NKWD mit entsprechendem fiktiven und konstruierten Belastungsmaterial zur Verhaftung und Liquidierung gemeldet.

Viele Gegner des totalitären Regimes in der SBZ wurden in den Jahren 1949 bis Anfang 1951 vom NKWD verhaftet und zu 25 Jahren Haft oder nach 1950 auch zum Tode verurteilt.

Folterungen, Hunger, Schmerzen, gesundheitliche Einbussen und Körperschäden, seelische Belastungen, Demütigungen und Tod brachten die Verfolgungen mit sich, die Demokraten als politische Häftlinge der SED-Diktatur im Kampf für die freiheitliche Demokratie ertragen mussten.

Die Torturen in der SED-Haft und der Gulag-Haft in der Sowjetunion, denen Demokraten ausgesetzt waren, glichen denen, mit denen die Nazis Demokraten verfolgt hatten.

Ohne Verteidiger und Kontakt zu Angehörigen liess die SED-Diktatur die Demokraten in der Untersuchungshaft misshandeln, um sie dann in Geheimprozessen nach sowjet-russischem Recht zu 25 Jahren Haft und später auch zum Tode verurteilen zu lassen. Hier zeigte sich der ganze Hass der Kommunisten gegen Demokraten.

Die Haftbedingungen für die politischen Häftlinge wurden so unmenschlich festgelegt, wie sie nur verbrecherische Nazis und Kommunisten ersinnen können: Eingepfercht, ohne die notwendigste Hygiene (z.B. kein Toilettenpapier, für die Frauen nichts für ihre Tage), ohne richtige Waschmöglichkeiten, ohne medizinische Betreuung bei 75% Tbc-Kranken unter den Häftlingen, bei fürchterlichem Hunger, ohne jeglichen Kontakt zu den Angehörigen musste die erste Zeit in den SED-KZs Bautzen und Hoheneck verbracht werden.

Die Todesrate war gross. Bei den Demokraten wurden vor allem die vom Tod betroffen, die schon in der Nazi-Zeit viele Jahre inhaftiert waren, z.B. sechs bis zehn Jahre bei den Nazis und bis zu acht Jahren in der SBZ.

Obwohl der demokratische Widerstand gegen die SED-Diktatur nahezu aussichtslos war, haben sich Männer und Frauen aus den drei demokratischen Parteien SPD, CDU und FDP, beseelt von dem Ideal des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates, nicht entmutigen lassen. Sie sahen das Ziel: Freiheit und Einheit für Deutschland.

Leserbrief

Nachstehend veröffentlichen wir ein Schreiben eines Teilnehmers an unseren Seminaren

Gambach, Donnerstag, den 22.06.1999

Sehr geehrter Herr Bonkas,

mit diesen Zeilen, die ich Ihnen schreibe, möchte ich mich bedanken und eine Aussage darüber abgeben, was mir die Erfahrungen mit den Zeitzeugen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold bedeuten.

Es fiel mir nicht leicht, zu entscheiden was und worüber ich Ihnen schreibe. Ich hoffe, dass ich letztendlich die richtige Wahl getroffen habe und möchte Sie bitten, mir bei Gelegenheit Ihre ehrliche und offene Meinung über diesen Text zu sagen. Denn nur durch aufrichtige und konstruktive Kritik bin ich (und wahrscheinlich auch alle anderen Menschen) in der Lage zu bestimmen wer ich bin und was ich weiss.

Vor allem aber bin ich durch Kritik in der Lage zu wissen wo ich einmal sein möchte.

Ich wünsche Ihnen viel Freude für Ihre Fahrt nach Bonn zur Einführung von Johannes Rau als Bundespräsidenten. Sollten Sie mit ihm persönlich ins Gespräch kommen übermitteln Sie ihm von mir Glückwünsche für seine Präsidentschaft und Dank für die Worte die er in Heidelberg an mich gerichtet hat. Er hat mir damit sehr viel Selbstvertrauen und Motivation gegeben. Alle Auszubildenden die an diesem Tag in Heidelberg dabei waren haben sich positiv über die Begegnung und Diskussion mit Johannes Rau geäussert. Ich wünsche ihm, dass er diese Reaktion bei Zusammenkünften mit unserer Generation noch oft erzielen wird.

Für Ihr Engagement solche hochkarätigen Referenten für Veranstaltungen mit uns gewinnen zu können, möchte ich Ihnen noch einmal besonderen Dank aussprechen. Ich hoffe, dass Sie noch viele Seminare und Fahrten dieser Art organisieren werden und freue mich persönlich sehr auf das Seminar in Berlin.

Mit freundlichen Grüssen
Peter Hüttl

Demokratie und seine Bedeutung für junge Menschen

Was bedeutet Demokratie für mich, jetzt wo ich 23 Jahre alt und wissbegieriger denn je bin und vielleicht auch als ich es jemals wieder in der Zukunft sein werde? Sie ist für mich ein Fundament der Sicherheit. Ich habe die Sicherheit eine angemessene Entlohnung für aufrichtiges und bemühtes Handeln zu bekommen.

Sicherlich werden diese Meinung viele Menschen und

besonders aus meiner Generation nicht unbedingt teilen. Aber was wäre gewesen, wenn Menschen, die für unsere Demokratie gekämpft haben, misshandelt wurden oder starben, nicht diese oder eine ähnliche Motivation gehabt hätten.

Wer hätte die Bundesrepublik aufbauen können und vor allen Dingen wie hätte sie ausgesehen, wenn es nicht aufrichtige Demokraten gegeben hätte, die daran glaubten, dass nun der Lohn für ihren Kampf folgen sollte. Jedoch hiess für diese Menschen der Lohn nicht einfach nur Macht! Was aus einem solchen Nachkriegsdeutschland geworden wäre kann man sehen, wenn man sich die Geschichte der DDR betrachtet.

Die Entlohnung für diesen demokratischen Kampf war für alle Deutschen bestimmt und so gross, dass sogar noch meine Generation heute davon profitiert.

Diese Denkweise ist einem jungen Menschen in meinem Alter aber nicht automatisch zu eigen.

Auch durch das Lesen von Schulbüchern wird einem die Bedeutung von Freiheit und Demokratie nicht zwingend klar. Nur die Entwicklung eines Jugendlichen kann das Fundament für das Erkennen sein. Er muss sich ernst genommen fühlen und dabei die Freiheit besitzen seinen jugendlichen Enthusiasmus behalten zu können. Er muss sich zielgerichtet nach seinen eigenen Bedürfnissen in dieser Gesellschaft entwickeln können. Er muss Werte finden können, mit denen er sich identifizieren kann und die seinen Willen diese Gesellschaft mitzutragen stärken.

Die Realität ist jedoch eine ganz andere: Man wächst auf in einer Zeit in der Konkurrenz das oberste Gebot ist und die Solidarität immer mehr nachlässt. Statussymbole finden in dieser Gesellschaft mehr Beachtung als Kunst. Ein spezielles Verhaltensmuster und Schönheitsideal werden angestrebt, statt natürlich die Stärken und Schwächen eines Menschen und an sich selbst zu akzeptieren. Dass dann der Mut fehlt, die wirklichen Probleme auszusprechen verwundert nicht, denn die Angst, dadurch einen Nachteil zu erfahren ist einfach zu gross.

Der Grund für diese Entwicklung? „Gehen se mit der Konjunktur!“ Dieser Gedanke ist in unserer Gesellschaft heute stärker als die existentielle Suche nach Einigkeit und Recht und Freiheit.

Ich weiss nicht ob diese Entwicklung umkehrbar ist und ob es das Ende von Demokratie wie wir sie kennen bedeutet. Ich bin jedoch überzeugt davon, dass unser Gesellschaftssystem nach wie vor gute Demokraten hervorbringt, die darum kämpfen, unser Vaterland in die richtigen Bahnen zu lenken. Völlig unerheblich ist es dabei, ob derjenige Politik macht, kaufmännisch arbeitet oder Kofferträger ist.

Ich werde darum kämpfen, meiner Generation die Vorteile von Solidarität und Freiheit zu vermitteln auch wenn ich ständig den Eindruck habe, dass keine Reaktion erfolgt. Auf der einen Seite bedeutet dies Rückschläge, und man denkt, dass es vielleicht einfacher wäre sich anzupassen und um seine eigenen Inter-

essen zu kümmern. Aber diese Rückschläge sollte ich verkraften können, denn ich lebe im materiellen Überfluss und deshalb geht es mir im Grunde genommen ausgezeichnet. Meine Ängste davor, durch meine Handlungsweise nicht verstanden zu werden und somit ins Abseits zu geraten sind bei näherer Betrachtung eine Winzigkeit gegen das, was Freiheitskämpfer während der nationalsozialistischen Herrschaft oder in der ehemaligen DDR befürchten mussten. Denn was wäre gewesen, hätten die Demokraten im Dritten Reich ihre Hoffnung aufgegeben.

Ich wünsche mir eine politische Generation, die ihre Wünsche klar definieren und verwirklichen kann, denn letztendlich sind wir es, die in dieser Welt weiterleben werden.

Für mein persönliches Engagement in diese Richtung bin ich nicht unbedingt selbst verantwortlich. Ich hatte das grosse Glück die richtige Entwicklung zu machen. Dies ist einerseits Zufall, aber andererseits gab es da auch Menschen, die mich auf diesem Weg unterstützt haben. In meinem Fall waren dies die Zeitzeugen vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und allen voran Herr Bonkas. Die Seminare, die von Ihnen für junge Menschen organisiert werden, können einem die Augen öffnen und sind daher etwas besonderes. Ich hoffe, dass unsere Freunde noch viele Jugendliche erreichen und ihnen einen Impuls geben können, so wie sie es bei mir getan haben.

Peter Hüttl

Ausstellung im Landtag von Nordrhein-Westfalen

Reichsbanner wollte Republik schützen

Landtagspräsident Ulrich Schmidt eröffnet am 25. August 1999 um 9.30 Uhr die Ausstellung „Republik-schutzorganisation '75 Jahre Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold' 1924-1933“ in der Eingangshalle des Landtags. Mit dem Titel „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ wissen in der heutigen Zeit nur die wenigsten etwas anzufangen. Diese sozialdemokratisch geprägte Republik-schutzorganisation wurde am 22. Februar 1924 in Magdeburg gegründet. Sie wandte sich gegen die aufkommenden extremistischen, republikfeindlichen Bestrebungen. Solche Republik-schutzorganisationen waren im gesamten Reichsgebiet aktiv. Insgesamt zählten sie bis zu 3,5 Millionen Mann. Ende der 20er, Anfang der 30er Jahre wandte sich das Reichsbanner gegen die wachsende nationalsozialistische Gefahr und schloss sich 1932 der „Eiserenen Front“ der Republikverteidiger an. Doch auch deren Wirken konnte den Machtantritt der Nazis nicht verhindern. Wie die meisten anderen Organisationen wurde auch das „Reichsbanner“ von den Nazis verboten, seine Mitglieder wurden verhaftet und ermordet. Mit der Ausstellung im Landtag

soll aus Anlass des 75. Gründungsjubiläums das Wirken des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ gewürdigt werden. Gezeigt werden Uniformen, Fahnen, Abzeichen, Fotos und andere historische Dokumente. Die Ausstellung ist bis zum 3. September 1999 im Landtag zu sehen.

Aus „Landtag intern“ vom 17.8.1999

Leserbrief

Liebe Berliner Kameradinnen und Kameraden!

Berlin hatte Besuch im Rahmen eines Kurses in Zusammenarbeit des Reichsbanners mit dem August-Bebel-Institut (ABI).

Freundinnen und Freunde des Frankfurter Ortsvereins und des Reichsbanner-Vorstandes, welcher die Kurse durchführt und begleitet, waren mit ca. 25 Auszubildenden der Frankfurter Flughafen AG zu einem „Bildungsurlaub“ in der Zeit vom 19.-23. August in unserer Stadt.

Leider war der Termin etwas kurzfristig und fiel innerhalb der Ferien/Urlaubszeit, sodass eine Berliner Teilnahme nur mit unserem FB-Kameraden Günter Reichelt zustande kam.

Ein umfangreiches Programm: Berlin - Schauplatz deutscher Geschichte - war zu bewältigen. Nach einem über 2-stündigem Ausstellungsbesuch und Diskussion in der Gedenkstätte - Deutscher Widerstand -, folgte eine kleine Stadtrundfahrt und Besichtigung des neuen „Willi-Brand-Hauses“, eine kurze Besichtigung des Berliner Abgeordnetenhauses und eine Führung in der Ausstellung „Topographie des Terrors“ mit ausführlichen Erklärungen und den vielen fotografischen Tafeln entlang der ehemaligen berüchtigten Kellergewölbe.

In den nächsten Tagen folgten Führungen und Diskussionen im Flughafen Tempelhof - Luftbrücke 1948/49, Zusammenleben und interkulturelle Jugendarbeit in Kreuzberg, Besuche des Berliner Mauermuseums, der Gedenkstätte Stasi-Haftanstalt Hohenschönhausen und Zeitzeugengespräche.

Der Montag begann mit einer Fahrt nach und durch Potsdam, einer kurzen Aussenbesichtigung des Neuen Palais, danach mit einem Besuch bei der Brandenburgischen Landesregierung mit einem Referat der Ministerin Dr. Regine Hildebrandt (vor der Wahl). Danach drängte die Zeit zur Rückfahrt ab Bahnhof Wannsee. Alles in allem waren es doch schöne Tage, aber mit einem gedrängten Programm.

Vielen Dank für Euren Besuch und Euer Interesse.

Günter Reichelt für den LV Berlin

Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV)

Kronberger Strasse 43
60323 Frankfurt am Main
Telefon und Telefax: 069-72 79 70

Vorsitzender: Georg Prinz

Erster stellv. Vorsitzender: Hans Bonkas

Stellv. Vorsitzende: Victor Graf von Matuschka, Ministerialrat a.D., Hans-Günther Cappel, Vorsitzender Richter beim Bundesdisziplinargericht a.D., Rechtsanwalt

Weitere Vorstandsmitglieder: Hans Bonkas, Regierungsoberrat a.D., Horst Brüggemann, Prof. Dr. Friedrich-Wilhelm von Hase, Hans Georg Marohl, Oberst a.D., Dr. jur. Volkmar Zühlsdorff

Angeschlossene Verbände:

Arbeitsgemeinschaft Ausbildungsschäden nach BEG, Oldenburg

Freiheitsbund e.V., Berlin

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Frankfurt am Main

Verband für Freiheit und Menschenwürde e.V., Frankfurt am Main

Gemeinsames Ziel der in der UDWV zusammengeschlossenen Verbände sind u.a.:

Wahrung des Gedenkens an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Eintreten für Freiheit, Recht, Menschenwürde und Völkerversöhnung und Abwehr aller totalitären Bestrebungen von links und rechts.

Neben Verfolgten des Nationalsozialismus und der DDR sitzen im Vorstand der UDWV auch Persönlichkeiten, die sowohl in der Zeit des Nationalsozialismus als auch in der DDR Widerstand geleistet haben und verfolgt worden sind.

Beitrittserklärungen zu einem der vorgenannten Verbände werden von der Redaktion an die zuständige Stelle weitergeleitet.

Das Reichsbanner

Erscheint seit 1924

Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin, Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV). Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.

„Das Reichsbanner“ ist eine Publikation des Bundesvorstandes Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.

„Das Reichsbanner“ erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 10,00 DM zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluß.

Gesamtherstellung: Druckerei Lehmann-Nold, Ahornstraße 30, 65933 Frankfurt 80.

Redaktion und Pressesprecher: Hans Bonkas, presserechtlich verantwortlich.

Anschrift des Verlages, der Redaktion und des Vertriebes: Postfach 10 18 44, 60327 Frankfurt am Main.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.



Ein kleines Lächeln kann viel bewegen.

Der Flughafen Frankfurt ist groß: nach Passagieren die Nummer zwei und im Luftfrachtverkehr sogar die Nummer eins in Europa. Aber Größe ist auch im Zeitalter der Globalisierung nicht alles. Deshalb freut es uns besonders, wenn wir bei Umfragen der internationalen Presse nach den servicefreundlichsten Flughäfen der Welt regelmäßig auf den vordersten Plätzen landen. Unser Airport hat viele Gesichter: Luftverkehrskreuz, Nahtstelle der Verkehrssysteme, Marktplatz und Ort interkultureller Begegnung. Und die größte Arbeitsstätte Deutsch-

lands. Hier sind über 52.000 Menschen tätig, von denen mehr als 12.000 für die Flughafengesellschaft arbeiten. Jeder einzelne von ihnen trägt dazu bei, daß unser Service weltweit einen ausgezeichneten Ruf genießt. Denn die Qualität eines Unternehmens hängt von seinen Mitarbeitern ab. Und nicht von seiner Größe.

Flughafen
Frankfurt Main

Service zwischen Himmel und Erde